

Eifelhöhen-Klinik AG

Bonn

Jahresabschluss zum 31.12.2010
und
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bilanz zum 31.12.2010	3
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	4
Anhang für das Geschäftsjahr 2010	5
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	18
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010	19
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	43

**Bilanz zum 31. Dezember 2010
der
Eifelhöhen-Klinik Aktiengesellschaft,
Bonn**

AKTIVSEITE

	EUR	31.12.2009 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	23.377,00	25.554,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	7.899.746,84	8.409.910,84
2. technische Anlagen und Maschinen	0,00	4,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	98.840,00	1.085.110,91
4. geleistete Anzahlungen	25.000,01	0,00
	<u>8.023.586,85</u>	<u>9.495.025,75</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.434.118,77	7.934.118,77
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	22.400,00	44.800,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	2,00	2,00
	<u>9.456.520,77</u>	<u>7.978.920,77</u>
	(17.503.484,62)	(17.499.500,52)
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	156.954,21
2. unfertige Leistungen	0,00	171.599,79
3. geleistete Anzahlungen	0,00	2.975,00
	<u>0,00</u>	<u>331.529,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.806,01	1.414.705,55
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.111.606,56	8.403.325,18
3. sonstige Vermögensgegenstände	16.027,46	223.504,07
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 1.000,00 (Vorjahr: EUR 2.728,14)		
	<u>9.167.440,03</u>	<u>10.041.534,80</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	826.925,13	38.018,96
	(9.994.365,16)	(10.411.082,76)
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	<u>10.252,86</u>
	<u>27.497.849,78</u>	<u>27.920.836,14</u>

PASSIVSEITE

	EUR	31.12.2009 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	7.987.200,00	7.987.200,00
II. Kapitalrücklage	3.239.765,40	3.239.765,40
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	100.782,79	100.782,79
2. andere Gewinnrücklagen	8.657.654,71	7.713.454,67
	<u>8.758.437,50</u>	<u>7.814.237,46</u>
IV. Bilanzgewinn	672.503,06	622.073,98
	(20.657.905,96)	(19.663.276,84)
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>193.459,00</u>	<u>199.338,00</u>
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	1.091.002,00	1.022.743,00
2. Steuerrückstellungen	150.512,96	44.357,39
3. sonstige Rückstellungen	473.679,00	1.649.004,00
	<u>1.715.193,96</u>	<u>2.716.104,39</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.073.778,45	1.868.688,42
2. erhaltene Anzahlungen	0,00	14.673,55
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44.050,71	378.343,73
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.314.678,12	394.056,42
5. sonstige Verbindlichkeiten	1.345.661,58	1.671.661,30
	<u>3.778.168,86</u>	<u>4.327.423,42</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>10.122,00</u>	<u>37.693,49</u>
F. Passive latente Steuern	<u>1.143.000,00</u>	<u>977.000,00</u>
	<u>27.497.849,78</u>	<u>27.920.836,14</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010
der
Eifelhöhen Klinik AG,
Bonn**

	EUR	EUR	2009 EUR
1. Umsatzerlöse		10.399.783,85	13.413.276,85
2. Verminderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen		0,00	-22.266,92
3. sonstige betriebliche Erträge		1.167.035,27	1.506.253,61
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	777.000,81		1.090.170,85
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>575.212,45</u>	1.352.213,26	742.338,72
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.304.798,68		8.464.366,50
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 80.595,13 (Vorjahr: EUR 99.945,61)	1.223.533,64		1.672.113,61
		<u>7.528.332,32</u>	
6. Abschreibungen			
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		751.795,89	756.098,08
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.343.604,21	2.528.987,81
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		2.103.185,06	1.724.034,02
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 555.364,76 (Vorjahr: EUR 576.507,97)		555.627,52	579.710,53
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme		260.198,88	61.567,18
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 31.639,92 (Vorjahr: EUR 18.855,18)		253.007,37	311.604,13
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.736.479,77</u>	<u>1.573.761,21</u>
13. außerordentliches Ergebnis			
a) außerordentliche Erträge	68.326,00		0,00
b) außerordentliche Aufwendungen	<u>161.944,00</u>	-93.618,00	0,00
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		295.941,75	325.276,42
15. sonstige Steuern		<u>1.913,90</u>	<u>4.336,83</u>
16. Jahresüberschuss		1.345.006,12	1.244.147,96
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		622.073,98	1.141.765,97
18. Ausschüttung		-374.400,00	-468.000,00
19. Einstellung in Gewinnrücklagen		<u>-920.177,04</u>	<u>-1.295.839,95</u>
20. Bilanzgewinn		<u><u>672.503,06</u></u>	<u><u>622.073,98</u></u>

Eifelhöhen-Klinik AG Bonn

Anhang zum 31. Dezember 2010

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gemäß §§ 264 ff., 284 ff. HGB unter der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Aktiengesetzes für große Kapitalgesellschaften aufgestellt, da die Aktien der Gesellschaft im regulierten Markt der Börse Frankfurt, Düsseldorf, Berlin, Stuttgart und Xetra (Segment General Standard) gehandelt werden.

Im Anhang sind alle erforderlichen Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Mit Datum vom 14. Juli 2010 hat der Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG beschlossen, eine 100 %ige Tochtergesellschaft, die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, neu zu gründen und auf diese Gesellschaft den Rehaklinikbetrieb Marmagen im Wege der Einzelrechtsnachfolge auszugliedern. Die Ausgliederung erfolgte zum 01. Oktober 2010.

II. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögens- und Schuldposten sind unter Beachtung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt, bewertet und ausgewiesen.

Bei den Bilanzposten wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt.

1. Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, angesetzt.

Bei den Gegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden die Abschreibungen planmäßig unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer nach der linearen Abschreibungsmethode vorgenommen. Bei Zugängen des Sachanlagevermögens erfolgt die Abschreibung pro rata temporis.

Geringwertige Anlagegüter werden nach den steuerrechtlichen Vorschriften abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden über die Nutzungsdauer von 3 bis 10 Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibungen bei Gebäuden werden über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen.

Nachträgliche Anschaffungs-/Herstellungskosten aus Gebäudeum- und -anbauten werden in Übereinstimmung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Gebäudes einheitlich abgeschrieben.

Die Nutzungsdauer der anderen Anlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 3 bis 20 Jahre.

Die Finanzanlagen wurden mit den Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

2. Umlaufvermögen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Nominalwerten angesetzt. Notwendige Wertberichtigungen wurden vorgenommen.

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Für Ausgaben vor dem Stichtag, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Tag darstellen, wurden Aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

4. Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden mit dem Teilwert angesetzt, der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Abzinsungssatzes von 5,15 % ermittelt ist; sie decken alle vertraglich zugesicherten Versorgungsleistungen ab.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Rückzahlungsbeträgen bzw. dem niedrigeren Barwert angesetzt.

6. Passive Rechnungsabgrenzung

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Wir verweisen auf den nachfolgenden Bruttoanlagenspiegel.

Bruttoanlagenspiegel Eifelhöhen-Klinik AG 31.12.2010

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand	Zugang	Abgang	Stand	Stand	Zugang	Abgang	Stand	Stand	Stand
	01.01.2010			31.12.2010	01.01.2010			31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte	147.070,91	15.342,59	83.955,50	78.458,00	121.516,91	11.523,59	77.959,50	55.081,00	23.377,00	25.554,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke und Bauten	22.809.980,51	6.545,00	0,00	22.816.525,51	14.400.069,67	516.709,00	0,00	14.916.778,67	7.899.746,84	8.409.910,84
2. Technische Anlagen und Maschinen	153.788,19	0,00	153.788,19	0,00	153.784,19	0,00	153.784,19	0,00	0,00	4,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.511.472,46	116.394,99	6.410.657,65	217.209,80	5.426.361,55	223.629,44	5.531.621,19	118.369,80	98.840,00	1.085.110,91
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	25.000,01	0,00	25.000,01	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,01	0,00
Summe Sachanlagen	29.475.241,16	147.940,00	6.564.445,84	23.058.735,32	19.980.215,41	740.338,44	5.685.405,38	15.035.148,47	8.023.586,85	9.495.025,75
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.934.118,77	1.500.000,00	0,00	9.434.118,77	0,00	0,00	0,00	0,00	9.434.118,77	7.934.118,77
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	44.800,00	0,00	22.400,00	22.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.400,00	44.800,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	232.848,56	0,00	0,00	232.848,56	232.846,56	0,00	0,00	232.846,56	2,00	2,00
Summe Finanzanlagen	8.211.767,33	1.500.000,00	22.400,00	9.689.367,33	232.846,56	0,00	0,00	232.846,56	9.456.520,77	7.978.920,77
Summe Anlagevermögen Gesamt	37.834.079,40	1.663.282,59	6.670.801,34	32.826.560,65	20.334.578,88	751.862,03	5.763.364,88	15.323.076,03	17.503.484,62	17.499.500,52

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beziehen sich ausschließlich auf das Klinikgeschäft bis zum 30.09.2010. Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten sonstige Vermögensgegenstände; Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen sonstige Verbindlichkeiten.

3. Eigenkapital

a) Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt 7.987.200,00 EUR und ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Grundkapital entspricht dem Nominalkapital je Stückaktie von 2,56 EUR.

Der Vorstand ist gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25.08.2009 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.08.2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen.

b) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Vortrag zum 1. Januar 2010	EUR	7.814.237,46
Einstellung aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	"	24.023,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		
-aus dem Bilanzgewinn 2009 lt. HV-Beschluss vom 14.07.2010	"	247.673,98
-aus dem Jahresüberschuss 2010	"	<u>672.503,06</u>
Stand 31.12.2010	EUR	<u><u>8.758.437,50</u></u>

c) Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn hat sich wie folgt entwickelt:

Vortrag zum 1. Januar 2010	EUR	622.073,98
-Ausschüttung gem. HV-Beschluss vom 14.07.2010	"	-374.400,00
-Einstellung in andere Gewinnrücklagen gem. HV-Beschluss vom 14.07.2010	"	-247.673,98
Jahresüberschuss 2010	"	1.345.006,12
-Einstellung in andere Gewinnrücklagen gemäß § 58 Abs. 2 AktG	"	<u>-672.503,06</u>
Stand 31.12.2010	EUR	<u>672.503,06</u>

4. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten wurde für Investitionszuschüsse zur Herstellung eines Gebäude angesetzt. Es wurde ein gesonderter Passivposten nach § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB als Gegenposten zu den aktivierten vollen Anschaffungskosten erfolgsneutral gebildet, um eine bessere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i. S. von § 264 Abs. 2 HGB zu vermitteln. Er wird auf die maßgebliche Nutzungsdauer des betreffenden Gebäudes 50 Jahre erfolgswirksam aufgelöst.

5. Rückstellungen

Die unmittelbaren Pensionsrückstellungen betreffen vier Einzelvereinbarungen der Eifelhöhen-Klinik AG gegenüber ehemaligen und leitenden Angestellten. Die Berechnung erfolgte auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten, basierend auf den Richttafeln 2005 G von Dr. Heubeck nach der PUC-Methode mit einem Zinsfuß von 5,15 %.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 151 TEUR gliedern sich in Rückstellungen für Gewerbesteuern (12 TEUR) und Rückstellungen für Körperschaftsteuern (139 TEUR) auf. Sie wurden gem. § 274 Abs. 1 HGB auf Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen gebildet.

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Jahresabschlusskosten, Aufsichtsratsvergütungen, Tantiemen und sonstige Personalaufwendungen.

Für zukünftige Jubiläen und Altersgelder, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wurden, ist der ermittelte versicherungsmathematische Wert angesetzt worden. Hierbei wurde für Jubiläen und

Altersgeld ein Zinssatz von 5,15 % angesetzt. Als Bewertungsverfahren wurde die mod. Teilwert-Methode für Altersgeld und für Jubiläen die PUC-Methode jeweils auf Basis der Sterbetafeln "Richttafeln 2005 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck angewandt.

6. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag				Sicherheiten	
	TEUR	bis zu einem Jahr TEUR	Restlaufzeit von mehr als einem bis zu fünf Jahren TEUR	mehr als fünf Jahre TEUR	Betrag	Art der Sicherheit
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	1.074	193	683	198	1.074	¹⁾
	(1.869)	(696)	(844)	(329)	(1.869)	¹⁾
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0	0	0	--
	(15)	(15)	(0)	(0)	(0)	--
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	44	44	0	0	0	branchen-üblicher Eigentumsvorbehalt
	(378)	(378)	(0)	(0)	(0)	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.315	1.315	0	0	0	--
	(394)	(394)	(0)	(0)	(0)	--
sonstige Verbindlichkeiten	1.345 ²⁾	258	845	242	0	--
	(1.671)	(384)	(772)	(515)	(0)	--
	<u>3.778</u>	<u>1.810</u>	<u>1.528</u>	<u>440</u>	<u>1.074</u>	
	<u>(4.327)</u>	<u>(1.867)</u>	<u>(1.616)</u>	<u>(844)</u>	<u>(1.869)</u>	

	TEUR	TEUR
¹⁾ durch Grundpfandrechte gesichert:	1.074 (1.646)
¹⁾ durch Abtretung GmbH-Anteile gesichert:	0 (52)
¹⁾ Sicherungsübereignung:	0 (171)
²⁾ davon aus Steuern:	15 (133)
²⁾ davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	2 (21)

7. Passive latente Steuern

Die latenten Steuern in Höhe von 1.143 TEUR setzen sich saldiert aus aktiven latenten Steuern in Höhe von 38 TEUR und passiven latenten Steuern in Höhe von 1.181 TEUR zusammen. Sie wurden gem. § 264 Abs. 1 HGB aus Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen gebildet. Die Bewertung erfolgt in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung (15,83 %).

8. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften/Leistungsgarantien und sonstige finanzielle Verpflichtungen

a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Leistungsgarantien

Es bestehen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Leistungsgarantien in Höhe von 8.936 TEUR (8.700 TEUR).

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Leistungsgarantien bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Risiken der Inanspruchnahme werden als gering eingestuft.

b) Sonstige finanzielle, nicht bilanzierte Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen gem. nachfolgender Aufstellung:

	2010	2009
	TEUR	TEUR
- Mehrjährige Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	<u>168</u>	<u>152</u>
davon mit einer Restlaufzeit		
bis zu einem Jahr: TEUR 85)		
(Vorjahr: TEUR 85)		

IV. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gem. § 275 Abs. 2 HGB unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens aufgestellt.

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Patientenleistungen. Nach der Ausgliederung des Rehaklinikbetriebes in die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH erzielte die Eifelhöhen-Klinik AG ausschließlich Umsätze aus Holdingtätigkeiten.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten mit 6 TEUR (Vorjahr: 6 TEUR) die Auflösung des gebildeten Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

3. Zinsaufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind 97 TEUR Aufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen enthalten.

4. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus der erstmaligen Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aufgrund unterschiedlicher Bewertungen bei den Rückstellungen für Pensionen und sonstigen Rückstellungen.

5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

V. Sonstige Angaben

1. Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

Zum Stichtag 31.12.2010 beschäftigte die Eifelhöhen-Klinik AG 4,3 Mitarbeiter. Aufgrund der Ausgliederung des Rehaklinikbetriebes zum 01.10.2010 ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 170, davon waren 145 Mitarbeiter im medizinischen Bereich tätig.

2. Organbezüge

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 betragen 258 TEUR (Vorjahr: 819 TEUR) einschließlich eines variablen Anteils bezogen auf das Konzernergebnis 2009 von 36 TEUR.

Der Vorstand erhielt eine Grundvergütung und eine Tantieme in Höhe von 3 % des Konzernjahresüberschusses.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aatalklinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, angerechnet.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen, Kreditgewährungen, durch die Gesellschaft an die einzelnen Vorstandsmitglieder erbracht.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 50 TEUR (Vorjahr: 50 TEUR).

Für unmittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen wurden 613 TEUR (Vorjahr: 562 TEUR) zurückgestellt.

Die Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat 2010 betrug 46 TEUR (Vorjahr: 48 TEUR).

3. Gesellschaftsorgane

Vorstand

Dr. med. Markus-Michael KÜthmann

Arzt für Allgemeinmedizin, Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin

Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Jörg Karsten Leue

Geschäftsführer

Vorsitzender

Birgit Wöstemeyer

Betriebsratsvorsitzende

Arbeitnehmervertreterin

stellv. Vorsitzende

Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

Freier Berater im Gesundheitswesen

Herr Leue ist Mitglied des Aufsichtsrats der Diakonie Klinikum Dietrich Bonhoeffer GmbH, vormals Evangelische Krankenhausbetriebsgesellschaft mbH, Neubrandenburg.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sind gleichzeitig Mitglieder des Beirats der GlobalMed GmbH. Der jeweilige Aufsichtsratsvorsitzende der Eifelhöhen-Klinik AG ist darüber hinaus noch Beiratsmitglied der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH.

4. Mittelbare Pensionen oder Anwartschaften

Die Unterstützungskasse Eifelhöhen-Klinik e.V. weist zum 31.12.2010 ein Kassenvermögen von 1.251 TEUR (Vorjahr: 1.384 TEUR) aus; dieser Betrag wird in der Eifelhöhen-Klinik AG in gleicher Höhe als Darlehen passiviert. Daraus ergibt sich eine Differenz in Höhe von 3.392 TEUR (Vorjahr: 2.617 TEUR) gegenüber der nach der PUC-Methode, basierend auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,15 % berechneten Verpflichtung von 4.644 TEUR (Vorjahr: 4.001 TEUR, berechnet nach § 6a EStG).

5. Verbundene Unternehmen

Anteilsbesitz der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn – Stand 31.12.2010

In den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital ¹⁾	Jahres- ergebnis ¹⁾
	%	TEUR	TEUR
Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, Nettersheim-Marmagen	100	1.457	- 43
GlobalMed GmbH, Bonn	100	4.321	+ 2.103 ²⁾
Kaiser-Karl-Klinik GmbH, Bonn	100	1.559	- 260 ³⁾
Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	70	2.072	+ 370 ⁴⁾
Aatalklinik Wünnenberg Pflege GmbH Pflegestation „St. Antonius“, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	19	+ 71 ⁵⁾
GSG Gesellschaft für Schlaganfall- und Gesundheitsforschung mbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	65	+ 33 ⁵⁾
Medizinisches Versorgungszentrum Bad Wünnenberg/Südkreis Paderborn GmbH, Bad Wünnenberg	mittelbar 70	- 220	+ 56

Anm. 1: Ermittlung nach HGB

Anm. 2: Ergebnis vor Gewinnabführung an die Eifelhöhen-Klinik AG

Anm. 3: Ergebnis vor Verlustübernahme durch die Eifelhöhen-Klinik AG

Anm. 4: Ergebnis nach Gewinnabführung Pflege GmbH und GSG

Anm. 5: Ergebnis vor Gewinnabführung an die Aatalklinik Wünnenberg GmbH

6. Mitteilungen nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Die Gesellschaft hat bestehende Beteiligungen gem. § 21 Abs. 1 WpHG wie folgt veröffentlicht:

a) am 12. März 2007:

Die AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG, 18181 Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 07.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 06.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,28 % (das entspricht 320.597 Stimmrechten) beträgt.

b) am 26. März 2007:

Die Graaler Care GmbH, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 WpHG Abs. 1 am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

14,72 % der Stimmrechte (das entspricht 459.364 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG zuzurechnen.

Die SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 WpHG Abs. 1 am 22.03.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 19.03.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 14,72 % (das entspricht 459.364 Stimmrechten) beträgt.

c) am 18. Juni 2007:

Die Graaler Management GmbH, Graal-Müritz, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 13.06.2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 09.05.2007 durch Aktien die Schwelle von 3 %, 5 % und 10 % der Stimmrechte überschritten hat und nunmehr 10,37 % (das entspricht 323.597 Stimmrechten) beträgt.

10,37 % der Stimmrechte (das entspricht 323.597 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der AKG Reha-Zentrum GmbH & Co. KG zuzurechnen.

d) am 30.06.2010

Herr Othmar Furch, Voltlage, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 29.06.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn, Deutschland, ISIN: DE0005653604, WKN: 565360 am 02.06.2010 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 9,685 % (das entspricht 302.177 Stimmrechten) betragen hat.

7. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat am 14.12.2010 abgegeben und den Aktionären unter www.eifelhoehen-klinik.ag im Bereich Aktiengesellschaft, Investor Relations unter der Rubrik Corporate Governance dauerhaft zugänglich gemacht.

8. Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 672.503,06 EUR wie folgt zu verwenden:

- | | |
|---|----------------|
| a) Zahlung einer Dividende von 0,15 € je Stückaktie | 468.000,00 EUR |
| b) Einstellung in andere Gewinnrücklagen | 204.503,06 EUR |

Bonn, 29.03.2011



Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Bonn, 29.03.2011

Der Vorstand

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Küthmann', written in a cursive style.

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG für das Geschäftsjahr 2010

Rahmendaten

Gesamtwirtschaftliche Situation und Branchenentwicklung

Die wirtschaftliche Situation und die wirtschaftlichen Risiken in 2010 waren weiterhin von der strukturellen weltweiten Instabilität der Finanzmärkte geprägt. Trotz des konjunkturell zu verzeichnenden Aufschwungs in 2010 in Deutschland war es weiterhin notwendig den Finanzsystemen in Europa große Liquiditätsmengen und Bürgschaften durch die Europäische Zentralbank und die EU-Staaten zuzuführen, um eine drohende Kreditklemme und einen Zusammenbruch des Staatshaushaltes einzelner europäischer Länder zu vermeiden. Als größte der europäischen Volkswirtschaften sind somit erhebliche und im europäischen Vergleich überproportionale wirtschaftliche Haftungsrisiken für Deutschland weiterhin gegeben.

Der im vierten Quartal 2009 schon zu beobachtende Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes wurde in 2010 um 3,6 % auf 2.498 Mrd. EUR gesteigert.

Diese partielle wirtschaftliche Erholung und das erreichte Wachstum wurden wesentlich getrieben von den Faktoren Export (anteilig 1,1 %) und den Investitionen (anteilig 1,8 %).

Das gesamtstaatliche Defizit stieg 2010 auf über 80 Mrd. EUR und erreichte somit ein neues Rekorddefizit.

Die Zahl der Erwerbslosen sank im gleichen Zeitraum um 297.000 auf 2,9 Millionen.

In 2010 betrug die offizielle Arbeitslosenquote in Deutschland 6,8 % und lag damit ein Drittel unter dem europäischen Durchschnitt.

Insgesamt zeigte die deutsche Volkswirtschaft damit Zeichen einer Erholung nach dem dramatischen Einbruch in Folge der Finanzkrise 2008. Diese Erholung wird jedoch neben den marktwirtschaftlichen Faktoren noch wesentlich durch die in 2008/2009 initiierten staatlichen Konjunkturprogramme gespeist. Die Nachhaltigkeit der marktbasieren und stark exportgestützten wirtschaftlichen Erholung durch die positiven Impulse aus anderen Regionen in der Welt – speziell Asien – bleibt weiterhin abzuwarten. Unabhängig davon bestehen durch die vorhandenen Liquiditätsmengen im Finanzmarkt zukünftig weiterhin inflationäre Risiken. Ebenso bestehen substantielle strukturelle Währungsrisiken auch aufgrund einer intensiv geführten Diskussion um die Stabilität und Nachhaltigkeit des Euros. Das spekulative Agieren der Finanzmärkte ist aufgrund der verbreiteten langjährigen staatlichen Misswirtschaft und der weiterhin fehlenden Konsolidierung der Staatshaushalte zu einem weiteren wahrscheinlich länger dauernden Stabilitätsrisiko herangewachsen.

Absehbar ist daher weiterhin von einer vorsichtigen und im Vergleich zu früheren Jahren eingeschränkten Kreditvergabe der Geldinstitute auch für sinnvolle Unternehmensinvestitionen auszugehen, da u. a. die notwendige höhere Eigenkapitalausstattung der Banken vorhersehbar zu einer restriktiveren Vergabe von Krediten und erhöhten und praxisfernen Anforderungen an die Darlehensbesicherung führt.

Eine negative Wirkung auf zukünftige größere Investitionsvorhaben der Unternehmen ist damit wahrscheinlicher geworden.

Insbesondere durch die staatliche konjunkturelle Intervention und Gesetzgebung in 2008/2009 wurde kurz- bis mittelfristig die Stabilität und finanzielle Ausstattung der sozialen Sicherungssysteme und der GKV in 2010 weitgehend sichergestellt.

Durch das weiterhin wirkende Instrument der staatlich subventionierten Kurzarbeit konnte ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit finanzielle massive Ausfälle in den Sozialversicherungssystemen und der gesetzlichen Krankenversicherung in 2010 verhindert werden.

Branchenentwicklung

Auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Gesundheit veröffentlichten Zahlen und Kommentierungen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherungen weist die Statistik zum Ende des 4. Quartals ein Defizit von 445 Mio. EUR aus. Im Jahr 2009 verzeichneten die gesetzlichen Krankenkassen in ihren Jahresrechnungsergebnissen noch einen Überschuss von insgesamt 1,4 Mrd. EUR. Einnahmen von rd. 175,3 Mrd. EUR standen Ausgaben im Höhe von 175,7 Mrd. EUR gegenüber. Aus erhobenen Zusatzbeiträgen von Krankenkassen flossen dem System 660 Mio. EUR zu.

Die Leistungsausgaben der Krankenkassen sind in 2010 um 3,9 % je Versicherten gestiegen (Vorjahr 4,2 %).

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Ausgabenanstiege der GKV abgeflacht haben, wobei jedoch unterschiedliche Entwicklungen der Ausgaben in den einzelnen Leistungsbereichen festzustellen sind.

Der Ausgabenzuwachs beim Krankengeld hat sich mit einem erneuten Anstieg von 8 % nach schon vorliegenden zweistelligen Zuwachsraten in den Jahren 2008 und 2009 weiter fortgesetzt. Ursächlich dafür sind eine zunehmende Zahl von Krankengeldberechtigten bei steigendem Rentenantrittsalter sowie eine Zunahme des Krankengeldes aufgrund einer steigenden Anzahl psychischer Erkrankungen.

Der Anstieg für die Krankenhausbehandlung lag pro Versichertem bei 4,7 %.

Für Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen wurden im 2010 2,45 Mrd. EUR ausgegeben (Vorjahr 2,51 Mrd. EUR).

Insgesamt bleibt festzustellen, dass der gesetzlichen Krankenversicherung trotz der konjunkturellen günstigen Entwicklung ursprünglich ein Defizit von bis zu 9 Mrd. EUR in 2011 drohte. Der Gesetzgeber hat durch die Anhebung des allgemeinen Beitragssatzes auf das Niveau vor der Wirtschaftskrise sowie durch Gesetze mit ausgabenbegrenzenden Maßnahmen bei Arzneimitteln, Krankenhäusern, Ärzten und Zahnärzten versucht, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Es bleibt abzuwarten, ob unter Zuhilfenahme der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds die voraussichtlichen Ausgaben der Krankenkassen auch weiterhin langfristig gedeckt bleiben.

Finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung einschl. der landwirtschaftlichen Krankenversicherung¹⁾ im 1. bis 4. Quartal 2010

Veränderungsrate je Versichertem im Vergleich zum 1. bis 4. Quartal 2009 in v.H.²⁾

	GKV	AOK	BKK	IKK	KBS	EK	LKK
Ärztliche Behandlung ³⁾	2,6	3,2	2,7	5,2	-1,5	1,4	5,6
Behandlung durch Zahnärzte ohne Zahnersatz	2,2	2,8	2,7	3,0	5,5	1,5	1,2
Zahnersatz insgesamt	3,3	2,7	5,6	1,6	2,9	2,8	3,4
Arznei- und Verbandmittel insgesamt	1,3	0,5	2,8	2,6	-0,5	0,7	2,4
Summe Hilfsmittel	1,4	0,1	3,8	1,7	-11,3	2,5	0,5
Summe Heilmittel	6,0	4,8	8,3	5,4	10,4	5,5	8,7
Krankenhausbehandlung insgesamt mit stationärer Entbindung	4,7	3,4	5,8	6,7	-3,1	5,4	6,4
Krankengeld	8,0	5,5	9,7	11,0	13,2	8,4	10,8
Fahrtkosten	3,6	1,7	4,8	3,1	4,1	4,4	4,8
Vorsorge- u. Rehabilitationsmaßnahmen	-1,7	-0,4	0,4	-1,3	-0,7	-4,8	0,7
Soziale Dienste/Prävention/Selbsthilfe/Schutzimpf.	-34,7	-32,0	-37,8	-36,4	-22,5	-35,6	-54,2
Früherkennungsmaßnahmen	-1,5	-3,4	5,8	0,4	-16,3	-2,7	-6,4
Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft ohne stationäre Entbindung	4,7	8,3	1,8	5,0	4,2	5,4	-2,9
Behandlungspflege/Häusliche Krankenpflege	10,9	8,7	16,1	12,8	5,3	11,1	11,8
Ausgaben für Leistungen insgesamt	3,1	2,4	4,1	4,6	0,0	2,9	4,1
Brutto-Verwaltungskosten	5,8	6,3	7,9	7,4	9,4	3,4	5,7
Von anderen erstattete Verwaltungskosten	3,9	3,1	5,9	-4,6	18,8	4,6	6,7
Netto-Verwaltungskosten	6,2	7,0	8,3	10,7	6,9	3,1	5,6

Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben absolut in Mio. EUR

	GKV	AOK	BKK	IKK	KBS	EK	LKK
Ausgaben insgesamt	175.735	67.128	29.224	11.130	6.024	59.797	2.431
Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds ⁴⁾	170.303	66.242	28.475	10.849	5.968	58.769	
Beitragseinnahmen ⁵⁾	1.730	69	197	-2	-1	505	962
Sonstige Einnahmen	3.258	302	449	215	40	735	1.515
Einnahmen insgesamt	175.290	66.613	29.121	11.062	6.007	60.009	2.478
Überschuß/Defizit(-)	-445	-515	-103	-68	-17	212	46

GESUNDHEITSFONDS - Überschuss der Einnahmen bzw. der Ausgaben absolut in Mio. EUR

Ausgaben für 1. bis 4. Quartal 2010 insgesamt				170.346			
davon :							
Zuweisungen an die Krankenkassen ⁶⁾				170.303			
Vergütungen an andere für Verwaltungszwecke (Minijob-Zentrale)				36			
Verwaltungskosten des Gesundheitsfonds gem. 271 Abs. 6 SGB V				7			
Einnahmen für 2010 insgesamt				174.583			
davon :							
Beitragseinnahmen incl. Forderungen				159.045			
Bundeszuschuss ⁷⁾				15.535			
Sonstige Einnahmen				3			
Überschuß/Defizit(-)				4.237			

1) Die landwirtschaftlichen Krankenkassen (LKK) nehmen nicht an dem zum 01.01.2009 eingeführten Gesundheitsfonds teil.

2) Durch kassenartenübergreifende Fusionen ergeben sich bei den hier ausgewiesenen Veränderungsdaten je Kassenart teilweise Verzerrungen.

3) einschl. Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch sowie ohne Dialysesachkosten und ohne von den Versicherten geleistete Zuzahlungen (Praxisgebühr)

4) Von den Krankenkassen ausgewiesene Zuweisungen für das 1. bis 4. Quartal 2010

5) Der Wert der landwirtschaftlichen Krankenkassen bezieht sich auf die Beitragseinnahmen des Berichtszeitraums. Bei den Beitragseinnahmen der anderen Krankenkassenarten (am Gesundheitsfonds teilnehmende Krankenkassen) handelt es sich um Zusatzbeiträge des Berichtszeitraums (GKV-weit mit einem Volumen von 662 Mio. Euro) sowie um Beiträge bis zum 31.12.2008, die erst jetzt den Krankenkassen bekannt wurden

6) ausgezahlte Zuweisungen des Bundesversicherungsamtes für den Zeitraum Januar bis Dezember 2010

7) Der zusätzliche Bundeszuschuss für konjunkturbedingte Mindereinnahmen ist hier mit enthalten.

Quelle: GKV Statistik BMG, Vordruck KV 45

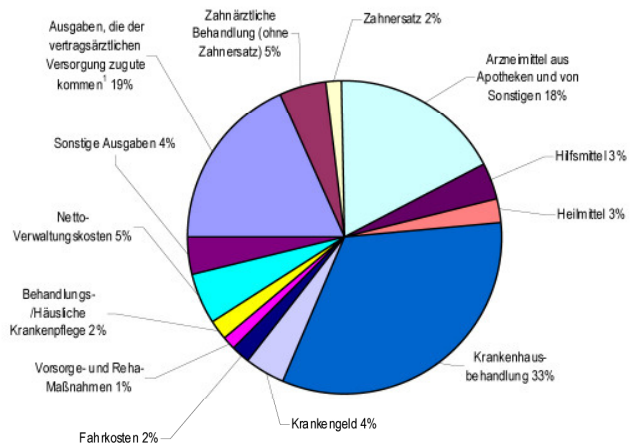
Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Pressemitteilung vom 7. März 2011

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung	in Mrd. EUR		absolute Differenz in Mrd. EUR
	1. bis 4. Quartal 2009	1. bis 4. Quartal 2010	1. bis 4. Qu. 2010 zu 1. bis 4. Qu. 2009
	Ausgaben insgesamt	170,79	175,73
mit Zuzahlungen der Versicherten	175,63	180,74	5,11
<i>Leistungen insgesamt</i>	<i>160,59</i>	<i>165,10</i>	<i>4,52</i>
<i>mit Zuzahlungen der Versicherten</i>	<i>165,43</i>	<i>170,11</i>	<i>4,68</i>
<i>darunter - jeweils mit Zuzahlungen - :</i>			
Ausgaben, die der vertragsärztlichen Versorgung zugute kommen ¹	32,35	33,04	0,69
Zahnärztliche Behandlung ohne Zahnersatz	8,49	8,65	0,16
Zahnersatz	3,13	3,22	0,09
Zahnärztliche Behandlung insgesamt	11,62	11,87	0,26
Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen	31,70	32,03	0,33
Hilfsmittel	6,25	6,32	0,08
Heilmittel	4,53	4,78	0,25
Krankenhausbehandlung	56,29	58,82	2,52
Krankengeld	7,24	7,80	0,56
Leistungen im Ausland	0,45	0,58	0,13
Fahrkosten	3,56	3,67	0,11
Vorsorge- und Reha-Maßnahmen	2,51	2,45	-0,06
Soziale Dienste / Prävention / Impfungen	2,50	1,63	-0,87
Schwangerschaft / Mutterschaft ²	0,98	1,02	0,04
Behandlungspflege/Häusliche Krankenpflege	2,94	3,24	0,30
Sonstige Leistungsausgaben	2,52	2,86	0,34
Sonstige Aufwendungen	1,25	1,15	-0,10
Netto-Verwaltungskosten	8,95	9,48	0,53

Ausgabenanteile 1. bis 4. Quartal 2010

Anteile an den Ausgaben insgesamt

Ausgaben, die der vertragsärztlichen Versorgung zugute kommen ¹	18%
Zahnärztliche Behandlung (ohne Zahnersatz)	5%
Zahnersatz	2%
Arzneimittel aus Apotheken und von Sonstigen	18%
Hilfsmittel	3%
Heilmittel	3%
Krankenhaus-behandlung	33%
Krankengeld	4%
Fahrkosten	2%
Vorsorge- und Reha-Maßnahmen	1%
Behandlungs-/Häusliche Krankenpflege	2%
Netto-Verwaltungskosten	5%
Sonstige Ausgaben	4%
Ausgaben insgesamt	100,00%



Fußnoten:

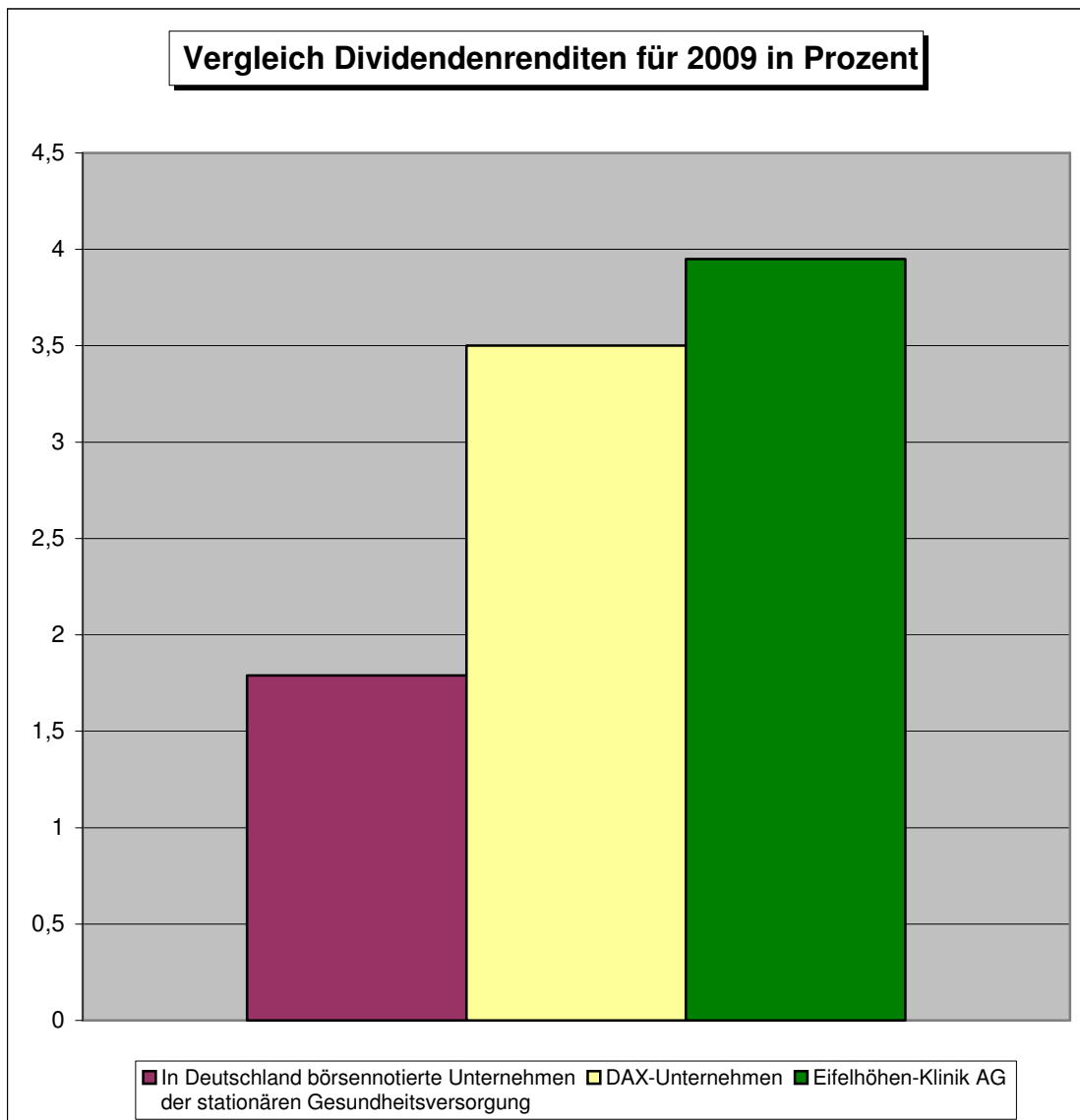
¹⁾ In dieser Ausgabenposition sind enthalten: ärztliche Behandlung, Behandlung durch Belegärzte in Krankenhäusern, ärztliche Beratung und Behandlung bei Empfängnisverhütung, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch, Früherkennung, Mutterschaftsvorsorge, Dialyse-Sachkosten sowie von den Versicherten geleistete Zuzahlungen (Praxisgebühr).

²⁾ ohne stationäre Entbindung und ärztliche Leistungen

Die Eifelhöhen-Klinik-Aktie

Höchstkurs 2010	3,10 € (15.07.2010)
Tiefstkurs 2010	2,70 € (01.02.2010)
Schlusskurs zum 31.12.2010	2,75 €
Börsenumsatz Frankfurt	228.682 Stück
Börsenumsatz Düsseldorf	57.435 Stück

Den aktuellen Kurs unserer Aktie finden Sie z. B. auf der Seite der comdirect bank AG unter:
<http://www.comdirect.de/inf/aktien/detail/uebersicht.html?ID NOTATION=147390>



Quellen: FAZ.NET, HPS Gesundheitsreport

Die Dividendenrendite ist die Dividende, ausgedrückt als prozentualer Anteil am Aktienkurs:

Dividende/Aktienkurs (in Prozent)

Zugrundegelegt sind die Aktienkurse der jeweiligen Unternehmen zum Jahresende. Ausgewiesen wird die durchschnittliche Dividendenrendite 2009 der im DAX notierten Unternehmen und der in Deutschland börsennotierten Unternehmen der stationären Gesundheitsversorgung im Vergleich zur Dividendenrendite 2009 der Eifelhöhen-Klinik AG.

Angaben zum Geschäftsverlauf und Umsatzanalyse

Mit Wirkung zum 01.10.2010 wurde der Klinikbetrieb in Nettersheim-Marmagen von der Eifelhöhen-Klinik AG auf die neugegründete Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH, eine 100%-ige Tochtergesellschaft, ausgegliedert. Dabei erfolgte weitgehend ein Übergang der bisher im Klinikbetrieb tätigen Mitarbeiter der Eifelhöhen-Klinik AG auf die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH. Bei der Eifelhöhen-Klinik AG sind seit dem Stichtag 01.10.2010 und auch zum Bilanzstichtag 31.12.2010 weiterhin 4,3 Mitarbeiter beschäftigt.

Auch aus diesem Grund ist eine Vergleichbarkeit der Jahreswerte mit den Vorjahreswerten nicht oder nur bedingt möglich. Dies betrifft vergleichende Aussagen zur Umsatzanalyse, zur Ertrags- und Finanzlage, zur Vermögens- und Kapitalstruktur sowie zu den Investitionen.

Im Folgenden werden daher die aktuellen Jahreswerte beschrieben und gegebenenfalls mit dem Vorjahr verglichen.

Die Umsatzerlöse der Eifelhöhen-Klinik AG sanken im Jahr 2010 ausgliederungsbedingt von 13.413 TEUR auf 10.400 TEUR. Die Eifelhöhen-Klinik AG erlöste nach der Ausgliederung ab 01.10.2010 einen Umsatz von 331 TEUR.

Ertragslage

Ertragslage der Eifelhöhen-Klinik AG

	2010	2009	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gesamtleistung (I)	11.332	14.626	-3.294	-22,5
Betriebliche Aufwendungen (II)	11.910	15.169	-3.259	-21,5
Betriebsergebnis (III = I ./. II)	-578	-543	-35	-6,4
Beteiligungsergebnis	1.843	1.662	181	10,9
Zinsertrag (Saldo)	303	268	35	13,1
Ordentliches Unternehmensergebnis	1.568	1.387	181	13,0
Neutrales Ergebnis	73	182	-109	-59,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.641	1.569	72	4,6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	296	325	-29	-8,9
Jahresüberschuss	1.345	1.244	101	8,1

Die Veränderungen der Gesamtleistung um -22,5% und der betrieblichen Aufwendungen um -21,5% resultieren aus der Ausgliederung des Klinikbetriebs. Das Betriebsergebnis (III) veränderte sich nur geringfügig, da in 2010 ausgliederungsbedingte Einmalkosten in Höhe von 125 TEUR anfielen.

Das Beteiligungsergebnis konnte im Berichtsjahr 2010 gesteigert werden, da die Gewinnabführung der GlobalMed GmbH sich um 379 TEUR verbesserte, wo hingegen die übernommenen Verluste der Kaiser-Karl-Klinik GmbH um 198 TEUR angestiegen sind.

überproportionalen Instandhaltungsmaßnahmen in 2009 für das Klinikgebäude in Bonn wieder auf die üblichen Werte sanken.

Der Zinsertragssaldo verbesserte sich durch die weiterhin kontinuierliche Rückführung der Kreditverbindlichkeiten von 1.869 TEUR auf 1.074 TEUR.

Die rückläufige Entwicklung des neutralen Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus den gestiegenen Rückstellungen im Personalbereich um 119 TEUR. Diese Rückstellungen wurden durch die gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz BilMoG) zum 01.01.2010 notwendig.

Die Reduzierung des Steueraufwands um 29 TEUR erfolgt durch Rückgang der Gewerbesteuerbelastung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Steigerung des Jahresüberschusses um 101 TEUR im Wesentlichen eine Folge des verbesserten Beteiligungsergebnisses und der konsequenten Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten ist. Gegenläufig haben sich die erhöhten Aufwendungen bei den Rückstellungen für Personalkosten durch das BilMoG auf den Jahresüberschuss ausgewirkt.

Finanzlage

	2010 in TEUR	2009 in TEUR
Jahresüberschuss	1.345	1.244
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	752	756
+././. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	818	-356
././+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	22	0
././+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.255	-1.156
+././. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	314	55
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nach DRS 2	1.996	543
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-166	49
Auszahlung an Unternehmenseigner	-374	-468
Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	0	85
Auszahlung für die Tilgung von Krediten	-255	-436
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-629	-819
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>1.201</u>	<u>-227</u>

Unter Berücksichtigung der ergebnis- und zahlungsunwirksamen Ausgliederung des Klinikbetriebs erhöhte sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um 1.453 TEUR. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem erhöhten Jahresüberschuss sowie den gesetzlich geforderten Zuführungen bei den Rückstellungen. Zudem wurde ein positiver Cashflow aus der Veränderung des Nettoumlaufvermögens erzielt.

Die Fähigkeit des Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, war im Zeitraum 2010 uneingeschränkt gegeben.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Wesentliche Bilanzzahlen der Eifelhöhen-Klinik AG

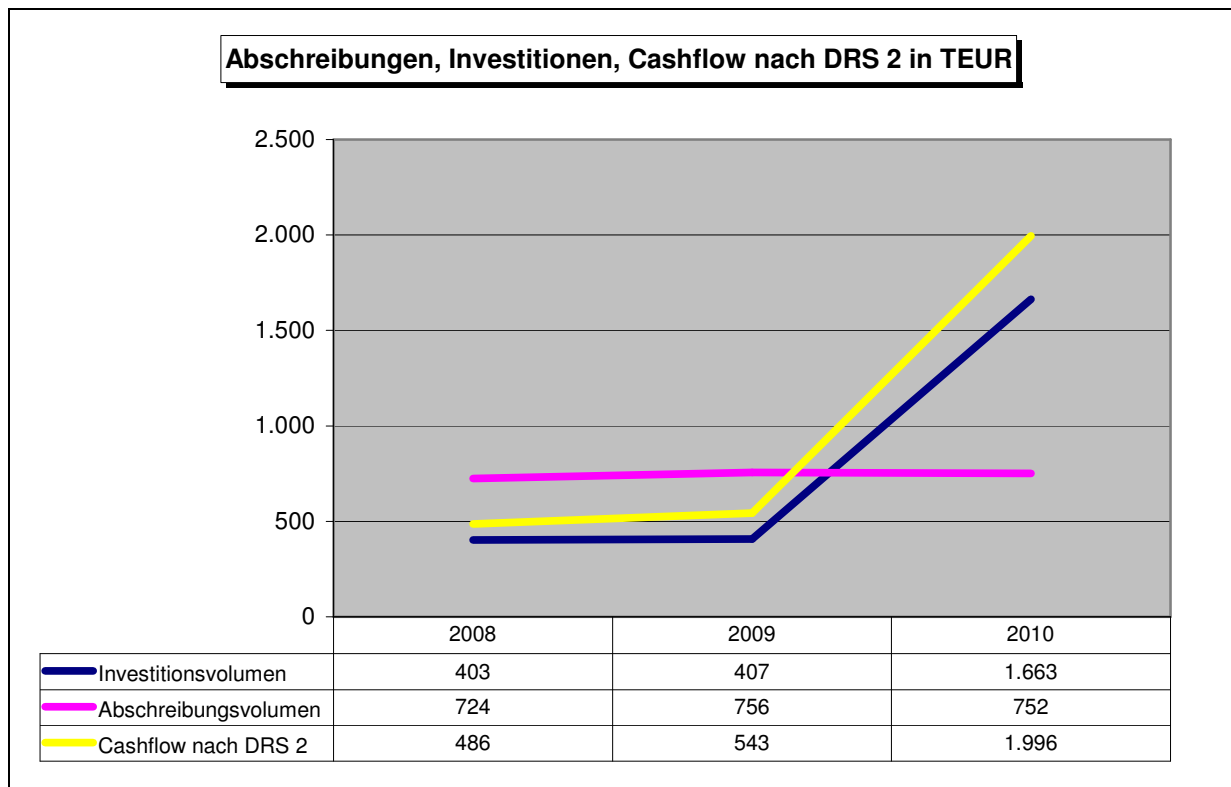
	2010	2009
	TEUR	TEUR
Sachanlagen	8.024	9.495
Finanzanlagen	9.457	7.979
Eigenkapital	20.658	19.663
mittel- u. langfristiges Fremdkapital	4.427	5.754
kurzfristiges Fremdkapital	2.413	2.504
Bilanzsumme	27.498	27.921

Das Sachanlagevermögen sank in 2010 durch planmäßige Abschreibungen und durch die Übertragung von beweglichem Sachanlagevermögen auf die Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH auf 8.024 TEUR als Folge der Ausgliederung des Klinikbetriebs. Nahezu analog stiegen die Finanzanlagen durch die entsprechenden Anschaffungskosten der Kapitalbeteiligung an der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH auf 9.457 TEUR.

Durch die teilweise Übertragung im Rahmen der Ausgliederung und durch die planmäßige Tilgung verringerte sich das mittel- und langfristige Fremdkapital deutlich um 1.327 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich von 70,4% auf 75,1% im Jahr 2010.

Investitionen



Das Investitionsvolumen erhöhte sich auf 1.663 TEUR in 2010 im Wesentlichen durch die Finanzinvestition der Eifelhöhen-Klinik AG in die neugegründete Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH.

**Grundzüge des Vergütungssystems für den Personenkreis
gemäß § 285, S. 1, Nr. 9 HGB**

Herr Dr. med. Markus-Michael Küthmann war in 2010 Alleinvorstand der Eifelhöhen-Klinik AG.

Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem Grundgehalt und aus einer Tantieme in Höhe von 3% des Konzernjahresüberschusses zusammen.

Auf das Vorstandsgehalt von Herrn Dr. Küthmann werden die Bezüge, die er in der Aatalklinik Wünnenberg GmbH als Geschäftsführer erhält, in Anrechnung gebracht.

Darüber hinaus werden keine Leistungen, insbesondere Pensionszusagen, Aktienoptionen oder Kreditgewährungen durch die Gesellschaft an das Vorstandsmitglied erbracht.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik AG erklären in der Fassung vom 14.12.2010, dass sie die Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" gemäß § 161 AktG angewendet haben.

Nicht angewendet wurden und werden die folgenden Empfehlungen:

1. Einladung zur Hauptversammlung, Briefwahl, Stimmrechtsvertreter (Ziffer 2.3)

„Die Gesellschaft soll allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Aktionären und Aktionärsvereinigungen die Einberufung der Hauptversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege übermitteln, wenn die Zustimmungserfordernisse erfüllt sind.“

Die Unterlagen werden innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Fristen auf den Internetseiten der Gesellschaft (www.eifelhoehen-klinik.ag) und im elektronischen Bundesanzeiger zugänglich gemacht, darüber hinaus erfolgt auf jeweiliges Verlangen ein Postversand, so dass die Gesellschaft auch mit Blick auf den erhöhten Verwaltungsaufwand keine weitere Notwendigkeit für einen zusätzlichen elektronischen Versand sieht.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass die Gesellschaft die Aktionäre bei der Briefwahl unterstützen und die Formulare für eine Briefwahl auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlichen soll.

Vor dem Hintergrund des mit der Briefwahl verbundenen administrativen Aufwands sowie der Möglichkeit, den von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen, verzichtet die Eifelhöhen-Klinik AG derzeit auf die Anwendung dieser Empfehlung.

2. D&O-Versicherung – Selbstbehalt (Ziffer 3.8)

"In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden."

Im Kodex in der Fassung 2010 wird die Vereinbarung eines Selbstbehalts für die D&O-Versicherung von Aufsichtsratsmitgliedern empfohlen, während der Selbstbehalt bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstandsmitglieder gesetzlich vorgeschrieben ist.

Die Vereinbarung eines Selbstbehalts ist nach Auffassung der Gesellschaft nicht geeignet, die Motivation und Verantwortung zu verbessern, mit denen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats die ihnen übertragenen Aufgaben und Funktionen wahrnehmen. Die bestehende D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats sieht daher in Abweichung von Ziffer 3.8 des Kodex keinen Selbstbehalt vor. Die Gesellschaft wird aus vorgenannten Gründen auch künftig keinen Selbstbehalt für die D&O-Versicherung von Aufsichtsräten vereinbaren.

3. Zusammensetzung des Vorstands (Ziffer 4.2.1)

„Der Vorstand soll aus mehreren Personen bestehen und einen Vorsitzenden oder Sprecher haben.“

Bedingt durch die Größe und Organisationsstruktur der Gesellschaft sieht der Aufsichtsrat derzeit ein Vorstandsmitglied als ausreichend an.

4. Vergütung des Vorstands (Ziffer 4.2.3)

Die Vergütung des Vorstands ist im Jahresabschluss individualisiert aufgegliedert.

5. Bildung von Ausschüssen im Aufsichtsrat (Ziffer 5.3)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse sowie einen Prüfungs- und einen Nominierungsausschuss bilden soll.

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine zusätzliche Bildung von Ausschüssen nicht möglich.

6. Ziele für die Zusammensetzung sowie eine Altersgrenze für den Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.1)

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennt und für Aufsichtsratsmitglieder eine Altersgrenze festlegt.

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder davon eine Arbeitnehmervertreterin) ist zur Zeit eine konkrete Zielsetzung für die Zusammensetzung nicht erforderlich.

Ein Höchstalter für die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ist nicht vorgesehen. Der kompetente Rat unserer erfahrenen Aufsichtsräte soll auch zukünftig, unabhängig von ihrem Alter, die Entwicklung der Gesellschaft positiv beeinflussen. Eine Altersbegrenzung wird derzeit unter Berücksichtigung des Diskriminierungsverbotes als nicht opportun angesehen.

7. Ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder im Aufsichtsrat (Ziffer 5.4.2)

„Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, soll dem Aufsichtsrat eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen Interessenkonflikt begründet.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist nur ein Mitglied als unabhängig einstuftbar.

8. Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz (Ziffer 5.4.3)

„Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz sollen den Aktionären bekannt gegeben werden.“

Aufgrund der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Zusammensetzung (drei Mitglieder) ist eine Bekanntgabe nicht notwendig.

9. Vergütung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.6)

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten.“

Die Gesellschaft weicht von der Empfehlung des Kodex in Ziffer 5.4.6 ab, neben einer festen Vergütung den Aufsichtsratsmitgliedern auch eine erfolgsorientierte Vergütung zu gewähren. Die Gesellschaft ist nach wie vor der Auffassung, dass durch den bewussten Verzicht auf erfolgsorientierte Vergütung potentielle Interessenkonflikte bei Entscheidungen des Aufsichtsrats, die Einfluss auf Erfolgskriterien haben können, ausgeschlossen sind.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist im Jahresabschluss individualisiert aufgegliedert.

10. Veröffentlichung des Jahresabschlusses (Ziffer 7.1.2)

„Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.“

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses für die Gesellschaft und den Konzern erfolgt innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres. Der Halbjahresfinanzbericht wird spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums veröffentlicht. Die Eifelhöhen-Klinik AG folgt damit den gesetzlichen Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes.

Bonn, den 14.12.2010
Eifelhöhen-Klinik AG

Der Vorstand

Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Der Aufsichtsrat

Dipl.-Oec. Karsten Leue (Vors.) / Birgit Wöstemeyer / Dipl.-Oec., Ing. Sigurd Roch

Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

- 1) Das gezeichnete Kapital von 7.987.200,00 EUR ist eingeteilt in 3.120.000 Stückaktien ohne Nennbetrag. Das Nominalkapital je Stückaktie beträgt 2,56 EUR. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.
- 2) Der Gesellschaft sind keine die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffende Beschränkungen bekannt.
- 3) Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital von mehr als 10% sind der Gesellschaft bis zum Ende der Aufstellungsphase des Lageberichts wie folgt bekannt:

Name / Firma	Direkter Anteil der Stimmrechte in %	indirekter Anteil der Stimmrechte in %
SPG Senioren- und Pflegeheim Betriebs-GmbH & Co. Strandperle KG, Graal Müritz	14,70	
Graaler Care GmbH, Graal-Müritz		14,70
AKG REHA-Zentrum GmbH & Co. KG, Graal-Müritz	13,90	
Graaler Management GmbH, Graal-Müritz		13,90

- 4) Es gibt keine Inhaber von Aktien mit Sonderrechten.
- 5) Die am Kapital beteiligten Arbeitnehmer üben ihre Kontrollrechte unmittelbar aus.
- 6) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands (§§ 84, 85 AktG) sowie für die Änderung der Satzung (§§ 133, 179 AktG).
- 7) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 01.08.2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um einen Nennbetrag von bis zu 3.993.600 EUR durch Ausgabe von bis zu 1.560.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats in folgenden Fällen ganz oder teilweise auszuschließen:
 - a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen
 - b) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage, soweit die neuen Aktien im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen oder anderen Wirtschaftsgütern ausgegeben werden

- c) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlage, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festsetzung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung gilt jedoch nur mit der Maßgabe, dass die unter Ausnutzung dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10% des Grundkapitals nicht überschreiten dürfen, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind diejenigen Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen der Ermächtigung zum Rückkauf eigener Aktien und deren Verwendung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden.

In der Hauptversammlung vom 14. Juli 2010 wurde der Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 13. Juli 2015 bis zu 10% des Grundkapitals von 7.987.200,- EUR eigene Anteile zu erwerben.

- 8) Es gibt bei der Gesellschaft keine wesentliche Vereinbarung, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots steht.
- 9) Die Gesellschaft hat keine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen.

Risikoberichterstattung

Allgemein

Das Risikomanagement-System der Eifelhöhen-Klinik AG basiert auf einem EDV-gestützten Analyseprogramm, in dem die Risikobeschreibung aufgeteilt nach den einzelnen Unternehmensgesellschaften erfolgt, um eine verbesserte spezifische Risikoeinschätzung für die einzelnen Unternehmensteile vornehmen zu können. In diesem System werden die betrieblichen Risiken nach Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit auf der Grundlage von vorgegebenen Versicherungsalgorithmen skaliert. Die inhaltliche Prüfung aller bekannten Risiken erfolgt gemäß der festgesetzten individuellen Überwachungsintervalle, mindestens einmal jährlich; ggf. werden notwendige Steuerungsmaßnahmen eingeleitet. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements ist der Versicherungsbereich, durch den bedeutende Risiken wie Brand, Betriebsunterbrechung, Haftung und Schadensersatzansprüche beschrieben, überwacht und zentral abgesichert werden.

Die Überwachungs- und allgemeinen Zuständigkeiten sowie die inhaltliche Beschreibung und Bewertung der Risiken sind den juristischen Vertretern der einzelnen Unternehmen zugeordnet, bei mehreren Vertretern ist der verantwortliche Vertreter für die Erstellung namentlich festgelegt.

Die im Jahresabschlussbericht 2007 erfolgte Risikobeschreibung ist weiterhin relevant, soweit nicht nachfolgend Änderungsmitteilungen erfolgen oder in den vorherigen Jahresabschlussberichten Änderungsmitteilungen erfolgt sind.

Die allgemeinen Risiken für den Betrieb von Rehabilitationskliniken, Pflegeheimen und ambulanten Einrichtungen des Unternehmens sind durch die große Abhängigkeit von gesundheitspolitischen Entscheidungen und die Möglichkeiten der kurzfristigen Umsteuerung von Finanzmitteln durch die Kostenträger in andere Sektoren des Gesundheitsmarktes weiterhin gegeben.

Ergänzend liegt ein wesentliches Risiko des Betriebes insbesondere bei Rehabilitationskliniken in der Tatsache, dass – im Gegensatz zu den Akutkliniken – auch der Kapitalkostenanteil für Gebäudeinvestitionen zu finanzieren ist und somit unter Einbeziehung der Personalkosten ein erhebliches Fixkostenrisiko von mehr als 85 % der Gesamtkosten besteht.

Bei rückläufigen Belegungen oder durch externe Eingriffe induzierte Veränderungen in der Organisation von Gesundheitsdienstleistungen können daher kurzfristig erhebliche Erlösminderungen und Verluste entstehen, da die Reduzierung bei Personal- und Sachkosten aufgrund allgemeiner vertraglicher, gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen in den betroffenen Unternehmen nur zeitverzögert und eingeschränkt erfolgen kann.

Die Wahrscheinlichkeit extern induzierter Belegungsschwankungen und das Preisänderungsrisiko sind durch die Einführung des Gesundheitsfonds im Jahr 2009 gestiegen, da dadurch bei großen gesetzlichen Krankenversicherungen kontinuierlich strukturelle Finanzierungsprobleme auftreten können. Damit sind Auswirkungen auf die bestehenden Budgetierungen für Rehabilitationsleistungen nicht auszuschließen. Die kontinuierliche gute Belegungsentwicklung auch in 2010 hat das Unternehmen weiter wirtschaftlich stabilisiert. Festzustellen ist jedoch weiterhin ein deutlicher Kostendruck durch die Vorgaben der Kostenträger und die weiterhin bestehenden strukturellen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme. Aufgrund der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise bestehen weiterhin erhebliche Risiken auch für das Sozialversicherungssystem. Eine detaillierte Quantifizierung dieser Risiken ist jedoch aufgrund der vielfältigen einflussnehmenden Faktoren und der Komplexität des Finanz- und Gesundheitssystems auf Unternehmensebene nicht möglich.

Generell ist das Ausfallrisiko von Forderungen der Unternehmen der Eifelhöhen-Klinik AG eher gering, weil die wesentlichen Forderungen der Unternehmen aus klinischen Leistungen hauptsächlich gegenüber gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen bestehen.

An Besonderheiten ist zu beachten, dass durch die erheblichen Turbulenzen bei den nationalen und internationalen Banken ein erhöhtes Risiko besteht, dass die finanzierenden Banken ihre Darlehensbestände an Dritte abtreten.

Im Jahr 2010 konnte insgesamt bei den Tochtergesellschaften und Beteiligungen eine zufriedenstellende Belegungs- bzw. wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden, die zu einer weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung der Eifelhöhen-Klinik AG geführt hat.

Auch die Stärkung der Wahlrechte der Patienten bei der Auswahl von Einrichtungen sowie die gesetzliche Pflichtleistung der Kostenträger für die Rehabilitation sind aufgrund der bislang gemachten Erfahrungen positiv zu bewerten, sollten jedoch in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen nicht überbewertet werden. Fraglich ist daher aufgrund der weiterhin bestehenden strukturellen Finanzierungsprobleme der Kostenträger die langfristige Nachhaltigkeit dieser Entwicklung als Grundlage einer mittelfristigen Unternehmensplanung.

Unabhängig von zeitweise ausgeglichenen Finanzhaushalten der Gesetzlichen Krankenversicherung durch Zuschüsse des Bundes sind aufgrund der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Risiken für die Sozialversicherungssysteme vorhanden bzw. absehbar. Eine detaillierte Quantifizierung dieser Risiken ist jedoch aufgrund der vielfältigen Einfluss nehmenden Faktoren und der Komplexität des Systems nicht möglich.

Unternehmen und Beteiligungen

Eifelhöhen-Klinik AG

Zum 01.10.2010 ist der Klinikbetrieb in Marmagen durch Übertragung der dem Klinikbetrieb zuzuordnenden Aktiva und Passiva in eine eigenständige Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH überführt worden. Der Grund und Boden sowie die Klinikimmobilie wurden nicht übertragen.

Die Bürgschaftshöhe zum 31.12.2010 für die in diesem Zusammenhang vorgenommene Umwandlung der bisherigen Unterstützungskasse der Eifelhöhen-Klinik AG in eine Gruppenunterstützungskasse zusammen mit der Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH beträgt 1.267 TEUR.

Bei der Eifelhöhen-Klinik AG wird der Verpflichtungsüberschuss, bezogen auf das vorhandene Unterstützungskassenvermögen, zulässigerweise nur im Anhang vermerkt und nicht als Schuldposten in der Bilanz ausgewiesen.

Zum 31.12.2010 liegt dieser Verpflichtungsüberschuss berechnet nach der PUC-Methode mit einem Zinssatz von 5,15 % bei 3.392 TEUR.

Bei einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland mit ggf. steigenden Insolvenzzahlen bestehen Risiken, erhöhte gesetzlich vorgeschriebene Beiträge an den Pensionssicherungsverein zahlen zu müssen.

Durch den kontinuierlich bestehenden Preisdruck der Kostenträger auf die Pflegesätze und Fallpauschalen besteht grundsätzlich für die Klinikstandorte des Unternehmens das Risiko des schleichenden Substanzverzehr.

Die wesentlichen Risiken der Eifelhöhen-Klinik AG aus Tochtergesellschaften sind wie folgt:

Eifelhöhen-Klinik Marmagen GmbH

Aufgrund einer weitgehend gedeckelten, bzw. sinkenden Vergütung bei den Pflegesätzen und allgemein steigenden Kosten besteht die latente Gefahr, dass die Eifelhöhen-Klinik die wettbewerbsmäßigen notwendigen Investitionen baulicher und allgemeiner Art mittelfristig nicht mehr ausreichend aus dem vorhandenen Cashflow bedienen kann. Ebenso besteht die Notwendigkeit bestehende Vergütungsvereinbarungen mit den Kostenträgern an die regionale Wettbewerbssituation anzupassen mit der Gefahr der Erlösminderung.

Aatalinik Bad Wünnenberg GmbH und Tochtergesellschaften

Bei der 70%-Beteiligung an der Aatalinik Wünnenberg GmbH ist zu beachten, dass der Anteil der von der Klinik zu erwirtschaftenden Pacht auf den Gesamtumsatz relativ hoch ist. Die Wettbewerbsvorteile einer modernen und guten Gebäudestruktur werden dadurch bei weitgehend gedeckelter Vergütung der Kostenträger bei den zu erzielenden Fallkostenerlösen und dem möglichen wirtschaftlichen Ergebnis überwiegend aufgewogen. Ferner ist zu beachten, dass durch die zwischenzeitlich ausgelaufenen Gewährleistungsverpflichtungen der Bauunternehmen in den nächsten Jahren verstärkt Investitions- und Instandhaltungskosten entstehen werden.

Die mittelbar bestehenden Darlehensverpflichtungen aus der Pacht der Aatalinik Wünnenberg GmbH sind zum wesentlichen Teil für die nächsten 11 Jahre durch entsprechende Zinsbindungsfristen festgeschrieben.

Bei der Aatalinik besteht ergänzend ein in den letzten Jahren gestiegenes Risiko bei der bislang kontinuierlich erreichten durchschnittlichen Belegung. Durch die zwischenzeitlich entstehende regionale Konkurrenzsituation mit anderen Anbietern auch im Segment der Frührehabilitation entsteht ein erheblicher Druck auf die Pflegesätze und die Belegung. Ebenso bewirken die steigenden Behandlungskosten von schwer erkrankten Patienten bei der zurzeit eher grobrastig stattfindenden Bewertung der durchschnittlichen Fallkosten einer Klinik durch die Kostenträger - zumindest mittelfristig – zunehmende Wettbewerbsverzerrung bei der Belegungssteuerung.

Weiterhin bestehen Erlösrisiken durch erfolgte Änderung bei der Beihilfeverordnung für Privatpatienten auf Landes- bzw. Bundesebene.

Im Medizinischen Versorgungszentrum Bad Wünnenberg / Südkreis Paderborn GmbH, einer 100%-Tochter der Aatalinik Wünnenberg GmbH, ist im IV. Quartal 2010 eine kassenärztliche Arztstelle neu besetzt worden, die voraussichtlich die wirtschaftliche Situation des MVZ mittelfristig stabilisieren wird. Es bestehen jedoch Restrisiken bezüglich der mit dieser Maßnahme zu erzielenden Honorierung durch die Rahmenbedingungen des geltenden Vergütungssystems der dafür zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung sowie durch die typischen Anlauftrisiken einer neuen Arztpraxis.

Kaiser-Karl-Klinik GmbH

Bei der Kaiser-Karl-Klinik GmbH ist der Anteil der betrieblichen Pachtaufwendungen an den laufenden Betriebskosten sehr hoch. Die Vorteile einer modernen attraktiven Gebäudesubstanz werden bei weitgehend gedeckelter Vergütung der Kostenträger bei den zu erzielenden Fallkostenerlösen durch die zu zahlende Pacht partiell aufgewogen.

Weiterhin bestehen bei der Kaiser-Karl-Klinik in Bonn auch zukünftig erhebliche Erlösrisiken durch die bestehenden Beihilfebestimmungen und den überproportionalen Anteil von Privat- und Beihilfepatienten in der Klinik.

GlobalMed GmbH

Bei der GlobalMed wird zurzeit kein wesentliches Risiko gesehen, mit Ausnahme der Tatsache, dass dieses Unternehmen vollständig von den Pachtzahlungen der Kaiser-Karl-Klinik abhängt. Ferner ist zu beachten, dass durch ausgelaufene Gewährleistungsverpflichtungen der Bauunternehmen in Zukunft verstärkt Investitions- und Instandhaltungskosten entstehen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem mit Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems (IKS) für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichend Sicherheit zu gewährleisten, dass ein regelleistungskonformer Abschluss erstellt wird. Die Eifelhöhen-Klinik AG stellt den Konzernabschluss für die einzelnen Beteiligungen und Tochtergesellschaften der Eifelhöhen-Klinik AG auf.

Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien sind:

- Anwendung der gesetzlichen Bilanzierungsrichtlinien, sowohl auf Konzernebene als auch in den einzelnen Konzerngesellschaften
- klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen bzw. Mitarbeitern
- Einbeziehung externer Sachverständiger - soweit erforderlich -, wie z.B. zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme
- Berücksichtigung von im Risikomanagement erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregelungen erforderlich ist.

Alle beschriebenen Strukturen und Prozesse unterliegen der jährlichen Überprüfung durch die jeweiligen beauftragten Wirtschaftsprüfer im Rahmen der gesetzlichen Abschlussprüfung.

Prognosebericht/Ausblick

Wie in den vergangenen Jahren zeichnet sich auch für das Jahr 2011 eine restriktive Haltung der Kostenträger bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Unternehmen ab. Eventuelle unterjährige Pflegesatzerhöhungen werden sich voraussichtlich lediglich im Rahmen der Grundlohnsammenentwicklung bewegen. Gleichzeitig ist durch die regionale Wettbewerbssituation ggf. eine Anpassung an die üblichen bezahlten Pflegesätze weiterhin notwendig.

Wegen der Unwägbarkeiten bei der Einnahmesituation der Sozialversicherungssysteme ist in den nächsten 2 Jahren mit weiteren Veränderungen durch den Gesetzgeber und die Kostenträger bei den Vergütungsstrukturen zu rechnen.

Der Vorstand beabsichtigt daher die bewährte Geschäftspolitik mit dem Schwerpunkt des Unternehmens im Rehamarkt durch weitere Stärkung des anerkannten sehr hohen Qualitätsniveaus der Kliniken und der Spezialisierung fortzuführen. Ergänzend wird das klinische Angebot auf die zukünftigen demografischen Herausforderungen im Rehabilitationsmarkt ausgerichtet, um die o.g. Effekte zu kompensieren.

Aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems kann zum heutigen Zeitpunkt trotz der mittelfristig erwarteten, positiveren wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens eine Verschlechterung der Vermögens- und Ertragslage langfristig nicht ausgeschlossen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

1. Die Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes ist auf der Internet-Homepage des Unternehmens veröffentlicht.
2. Die Unternehmensführungspraktiken entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
3. Die Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Vorhandensein, Zusammensetzung und Arbeitsweise gegebenenfalls von Ausschüssen sind auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich.
4. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Der Aufsichtsrat prüft hierbei insbesondere die Sorgfalt der Entscheidungsfindung des Vorstands.

Bonn, 29.03.2011



Dr. med. Markus-Michael Küthmann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts der Eifelhöhen-Klinik AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht der Eifelhöhen-Klinik AG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 31. März 2011

Kölner Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
Kurt Heller GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Marcus Heller
Wirtschaftsprüfer